

Ich könnte dir sagen, wo Bin Laden steckt!

Bin Laden? Wer ist Bin Laden?! Ich suche einen Julian Assange!



Amerikas neuer Staatsfeind Nummer eins

Der Koloss lebt

Unter dem neuen Lissabon-Vertrag wirkt die EU uneins wie nie. Schuld haben ihre Mitgliedstaaten

Claus Hecking

Wann immer sich irgendwo auf der Welt ein mittelgroßes Unglück ereignet, ist die Europäische Union schnurstracks zur Stelle. Kaum zwei Stunden später liegen sie meist schon alle im Posteingang: die Presseerklärungen von Catherine Ashton, der sogenannten Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Von Jerzy Buzek, dem Präsidenten des Europaparlaments. Von José Manuel Barroso, dem Präsidenten der Kommission. Manchmal mischt auch Herman Van Rompuy, ständiger Präsident des Europäischen Rats, mit. Oder irgendein Kommissar. Nur mit den Hilfeleistungen für die Betroffenen braucht die EU oft länger als andere.

Wer entscheidet in Europa? Seit vor einem Jahr der neue Grundlagenvertrag von Lissabon in Kraft trat, ist der Brüsseler Wirrwarr schlimmer denn je. Dabei sollte gerade Lissabon eine demokratischere, effizientere EU erschaffen. Stattdessen präsentiert sich die Union als chaotisches Nebeneinander von Amtsträgern ohne gemeinsame Vision – das perfekte Spielfeld für nationale Alleingänge. Schuld daran haben die Entscheider: die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten. Denn diese weigern sich, ihre hochtrabenden Beschlüsse von Lissabon nun in politische Praxis umzusetzen.

Großes hatten sie vor: die Staats- und Regierungschefs, die sich vor einem Jahr mit ihren Autogrammen im Asphalt vor dem Lissabonner Hieronymuskloster verewigten. Fast ein

Jahrzehnt mussten sie für den Reformvertrag verhandeln, sich durch Volksabstimmungen und Ratifikationsverfahren quälen und dabei manche idealistische Idee begraben – etwa die einer echten EU-Verfassung. Doch die gute Sache schien es wert. Mehr Demokratie und Miteinander in der EU sollte Lissabon bringen: verkörpert durch eine deutliche Stärkung des Europaparlaments sowie zwei neue Brüsseler Spitzen. Ein ständiger Ratspräsident und ein mächtiger EU-Chefdiplomat sollten nach innen für Zusammenhalt sorgen und nach außen das neue Ganze repräsentieren.

Doch schon bei der Postenbesetzung im November 2009 ließen die Staatenlenker ihre guten Vorsätze fallen. Sie erkoren den belgischen Ministerpräsidenten Van Rompuy und die EU-Handelskommissarin Ashton: politische Leichtgewichte, die niemandem wehtaten, aber in der internationalen Politik weitgehend unbeleckt waren. Selbst von den Entscheidern am Wahltag kannte kaum jemand Ashton persönlich. „Alle sind damals nur nach Quote gegangen: Sozialist, Brite, Frau“, sagt einer der Teilnehmer.

Bis heute fällt es den beiden Neuen schwer, ein eigenes Profil aufzubauen. Wie sollte das Van Rompuy auch gelingen, wenn ihn Nicolas Sarkozy und Angela Merkel beim entscheidenden Tête-à-Tête vor der Einrichtung des Euro-Rettungsschirms vor der Tür stehen lassen? Oder wenn der Franzose und die Deutsche in Deauville mal eben unter vier Augen die Grundlagen des künftigen Stabilitätspakts

festlegen? Kein Wunder, dass die Märkte am Zusammenhalt der Euro-Zone zweifeln, dass US-Präsident Obama das jüngste Treffen mit Van Rompuy und Barroso als „nicht so aufregend“ bezeichnete.

Wie sollte Ashton außenpolitische Leitlinien für die EU entwickeln, wenn sie bei Amtsantritt kaum ein paar Dutzend Mitarbeiter unter sich hatte? In den vergangenen zwölf Monaten hatte die Britin alle Hände damit zu tun, eine Tausende Mitarbeiter starke Behörde aufzubauen: den Europäischen Auswärtigen Dienst.

„Die Regierungschefs weigern sich, ihre eigenen hochtrabenden Pläne umzusetzen“

Vorbereitet hatten die Staaten so gut wie nichts.

Der neue Außendienst mit fast 200 Vertretungen in aller Welt wäre eine Chance für die Mitglieder, Synergien zu nutzen und Botschaften zu schließen. Das geschieht aber kaum. Wollen sich die Außenämter nicht von Europa nicht die Show stehlen lassen?

Ebenso wenig sind die Regierungen bereit, Macht an das Parlament abzutreten. Neulich ließen sie die Verhandlungen über das EU-Budget 2011 einfach platzen – bloß weil die Abgeordneten mehr Einfluss auf die Haushaltsaufstellung für künftige Jahre forderten und über eigene Steuermit-

täl für die Gemeinschaft diskutieren wollten. Dabei hat die Legislative alles Recht der Welt, mehr Mitsprache zu verlangen. „Der Rat erlässt (...) eine Verordnung zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens. Er beschließt einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments“, heißt es dazu in Artikel 312 des Lissabonner Vertrags. Unterzeichnet haben ihn: die EU-Regierungschefs.

Vielleicht brauchen die Hauptstädte noch einen Warnschuss à la Swift. Auch beim transatlantischen Bankdatenschutzabkommen versuchten die Regierungen, das Parlament zu übergehen. Prompt erteilten ihnen die Abgeordneten eine Lektion und kippten Swift.

Einer scheint daraus gelernt zu haben: Thomas de Maizière. Der Bundesinnenminister gründete nach dem Swift-Debakel zusammen mit dem CSU-Europaabgeordneten Manfred Weber eine Gesprächsrunde. Einmal monatlich treffen sich seither konservative EU-Innenminister, Parlamentarier und Justizkommissarin Viviane Reding. Sie diskutieren die wichtigsten Themen ihres Ressorts und erarbeiten Lösungsstrategien. Heute stellt die Gruppe ihr erstes Papier zur Asylpolitik vor.

Europa kann die Fragen unserer Zeit nur vereint beantworten: Finanzregulierung, Handelskriege, Terrorismus, Klimawandel, Energieverknappung: Jedes dieser Probleme überfordert jeden Einzelstaat. Aber in ihrem jetzigen Zustand auch die EU.

E-Mail hecking.claus@guj.de

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND
Die Leitartikel geben die Meinung der Zeitung wieder und sind daher unsigned

DATENSCHUTZ

Zu wenig gewollt

Man muss dem Innenminister zu gutehalten, dass er das Thema Datenschutz angenehm unaufgeregt angeht. Während seine Kollegin Ilse Aigner etwa schon bei den Worten „Google Street View“ hyperventiliert, urteilt Thomas de Maizière über den Fassadenbilderdienst: „Nichts ist anonym als Häuserfassaden.“ Zugleich verharmlost er das Problem aber auch nicht.

Nun will de Maizière das Datenschutzgesetz an das digitale Zeitalter anpassen. Es ist gut, dass er dabei populistischen Forderungen nicht nachgegeben hat. Die Kernprobleme des Datenmissbrauchs lösen seine neueste Vorschläge jedoch nicht. Und auch die gestrigte Selbstverpflichtung des IT-Wirtschaftsverbands Bitkom ist wenig hilfreich, im Gegenteil.

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Die Gesetze zum Schutz der Persönlichkeitsrechte gelten in der digitalen Welt ebenso wie in der analogen. Schon jetzt darf Privates im Netz nicht veröffentlicht werden – zumindest nicht gegen den Willen der Betroffenen. Vieles, was in dem neuen Gesetzentwurf steht, findet sich daher auch schon so ähnlich in bestehenden Regelungen – und muss nicht wiederholt werden. Der Minister und die Unternehmen meinen, das Hauptproblem sei die Veröffentlichung privater Daten. Das darf aber nicht dazu führen, dass öffentliche Daten privatisiert werden – wie es die Selbstverpflichtung von Bitkom vorsieht. Praktisch jeder würde demnach künftig Abbildungen von Häuserfassaden im Internet verbieten können – selbst wenn er im Haus gar nicht wohnt.

Ansichten also, die jeder von der Straße aus sehen kann und die daher eigentlich öffentlich sind. Solch eine Regelung verletzt die Rechte der Allgemeinheit. Das hat mit dem Schutz persönlicher Daten nichts zu tun, sondern nur mit der Angst vor populistischen Politikern.

Tatsächlich muss der Schutz schon dann ansetzen, wenn die Informationen erstellt und verteilt werden. Anbieter saugen sich einzelne Daten aus den unterschiedlichsten Quellen ab und bündeln sie zu für Werbetreibende lukrativen Profilen. Suchmaschinen und soziale Netzwerke protokollieren und analysieren Suchabfragen oder auch E-Mails, um daraus konkrete und

„Der Nutzer muss das Recht auf Löschung seiner Daten haben“

kommerziell verwertbare Bewegungsprofile zu erstellen.

Der normale Nutzer kann dies bisher weder verhindern noch Einblick in diese Profile nehmen, um sie zu löschen. Er verliert die Hoheit über seine Daten, und damit die informationelle Selbstbestimmung. Dabei ist das ein elementares Grundrecht – für dessen Schutz der Innenminister zuständig ist. Ein ideales Datenschutzgesetz würde den Nutzern ermöglichen, mindestens Einblick in das Profil zu erhalten, wie es etwa Google oder Facebook anlegen, und es dann auf Antrag zu löschen. Hier muss de Maizière seinen Worten noch Taten folgen lassen.

CARREFOUR

Halbherzige Strategie

Es ist noch nicht so lange her, da galt Carrefour als leuchtendes Beispiel für den Einzelhandel. Als Erste erkannten die Franzosen, dass sich mit großen Märkten auf billigen Grundstücken außerhalb der Stadt viel Geld verdienen lässt – und setzten damit einen Trend, der die Branche jahrzehntlang geprägt hat.

Dass der Konzern nun schon zum zweiten Mal binnen wenigen Wochen seine Gewinnziele senken muss, zeigt, wie weit Carrefour derzeit von seiner einstmaligen Führungsrolle entfernt ist. Die Gründe dafür liegen teilweise schon weit zurück. So hat das Unternehmen etwa den Trend verschlafen, dass die Märkte in die Innenstädte zurückkehren. Doch auch die aktuelle Carrefour-Führung trägt eine Mitschuld an der Enttäuschung, die sich nun bei den Investoren breitmacht.

Die Großaktionäre Bernard Arnault und Colony und der vor knapp zwei Jahren von ihnen inthronisierte Vorstandschef Lars Olofsson müssen sich vorwerfen lassen, dass

sie es bisher nicht geschafft haben, den Abwärtstrend umzukehren. Im Gegenteil: Die Entscheidung, die Expansionsstrategie des Konzerns zu stoppen, erweist sich mit Blick auf die aktuellen Geschäftszahlen als äußerst zweifelhaft. Denn in den Märkten der Schwellenländer verdient Carrefour noch deutlich höhere Margen als etwa im gesättigten Heimatmarkt.

Zudem fehlt Olofsson und den hinter ihm stehenden Minderheitsaktionären das, was den Konzern früher ausgemacht hat: eine innovative Idee. Um nicht von der Konkurrenz zerrieben zu werden, versucht Carrefour derzeit ein paar halbherzige Reformen: hier ein bisschen mehr Discount, dort ein bisschen mehr Exklusivität. Doch damit läuft der einstige Trendsetter der Konkurrenz nur noch hinterher.

Olofsson muss zeigen, dass er Ideen hat, wie Carrefour selbst wieder zum Trendsetter werden kann – und den Mut, sich von den Großaktionären zu emanzipieren.

DAS LETZTE

Voll auf Facebook

David Böcking

Vor fast 30 Jahren kam „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ in die Kinos. Bis auf einen Gastbeitrag von David Bowie enthielt die Biografie der heroinabhängigen Christiane F. wenig Glamour. Vielmehr zeigte sie die Sucht in ihrem ganzen Elend. Dennoch sollen nicht wenige Jugendliche nach dem Kinobesuch beschlossen haben, dass auch sie nun ganz dringend Heroin probieren mussten.

Vor knapp zwei Monaten lief nun „The Social Network“ an, die Entstehungsgeschichte des Internetnetzwerks Facebook. Auch diesem Film

kann man keine Idealisierung seiner Hauptfigur vorwerfen. Facebook, so lernen wir, ist das Produkt eines kontaktgestörten Verlierers, der am Ende zwar viel Geld, aber immer noch keine echten Freunde hat. Und dennoch: Unmittelbar nach dem Kinobesuch habe ich ein Facebook-Konto eröffnet.

Vermutlich ist der Besuch einer Internetplattform nicht ganz so schädlich wie der intravenöse Konsum chemischer Drogen. Ansonsten aber gibt es erschreckend viele Parallelen. Zunächst einmal ist der Suchtfaktor hoch: Seitdem ich Mitglied wurde, bin ich mehrfach täglich auf Facebook. Mein zwanghaftes Tun ist für Außenstehende

schwer nachvollziehbar, dreht sich nur um mich selbst und die Beschaffung des nächsten Klicks. Und ich Teil einer Gruppe von Abhängigen, die sich immerzu gegenseitig in ihrer Sucht bestärken – jede noch so kleine biografische Zuckung wird mit wohlwollend gereckten Daumen gewürdigt.

Inzwischen scheinen auch andere User einzusehen, dass all das nicht ganz harmlos ist. Popsängerin Lady Gaga hat zwar nach eigener Aussage kein Problem mit gelegentlichem Kokainkonsum. Gestern jedoch stieg sie vorerst bei Facebook aus. Offiziell unterstützt Gaga damit eine Spendenaktion. Vermutlich will sie aber nur nicht zugeben, dass sie gerade eine Entziehungskur macht.

GESAGT...



„Ich habe volles Vertrauen in die Fifa. Die Leute kommen alle aus dem Fußball und wollen, dass die beste Bewerbung gewinnt“

David Beckham, Fußballkone, über die umstrittene Vergabe der Fußball-WM 2018 und 2022, um die sich auch England bewirbt

...GEMEINT

Ich habe volles Vertrauen, solange die Fifa uns die WM gibt und wir nicht gegen die Deutschen spielen.